

Änderungssatzung zur Änderung der Satzung über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) erlässt aufgrund des § 5 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg i.V.m. § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg sowie § 5 Abs. 1 Ziffer 5 der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) und § 8a Abs. 1 Satz 2 des Personenbeförderungsgesetzes folgende Änderungssatzung zur Satzung über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Neckar:

1.

§ 1 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 angefügt:

(7) Zum Verbundtarif im Sinne des Absatz 1 zählt auch das bundesweit im gesamten Nahverkehr gültige Deutschlandticket, sofern dies durch eine gesetzliche Regelung durch den Bund bzw. die Länder vorgegeben wird oder unabhängig von einem gesetzlichen Anwendungszwang eine vollständige Finanzierung durch den Bund und die Länder erfolgt.

2.

Nach § 12 wird eingefügt:

§ 12a Deutschlandticket

- (1) ¹Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar führt zum 1.5.2023 das bundesweit im gesamten Nahverkehr gültige Deutschlandticket ein. ²Der Preis des Deutschlandtickets sowie die Tarifbestimmungen richten sich nach den Vorgaben des Bundes und der Länder zum Deutschlandticket. ³Die Verbundgesellschaft ist ermächtigt, die entsprechende Änderung der VRN-Tarifbestimmungen gemäß den bundesweiten einheitlichen Grundlagen des Deutschlandtickets bei den zur Genehmigung des Tarifes zuständigen Behörden zu beantragen und anschließend zu veröffentlichen, ohne dass es hierzu eines förmlichen Beschlusses der Versammlung der Verbundunternehmen bedarf.*
- (2) Voraussetzung für die Einführung und Beibehaltung des Deutschlandtickets ist eine auskömmliche Finanzierung der mit dem Deutschlandticket verbundenen wirtschaftlichen Nachteile durch den Bund und die Länder.*
- (3) Der ZRN beantragt im Namen seiner Mitglieder die Ausgleichleistungen für das Deutschlandticket.*
- (4) Das Deutschlandticket ist von den Vorgaben des § 13 ausgenommen und ist im Rahmen dieser Satzung den Jahres- und Halbjahreskarten gleichgestellt.*
- (5) Die Verbundgesellschaft nimmt stellvertretend für die Verbundunternehmen an der bundesweiten Einnahmeaufteilung für das Deutschlandticket teil und wird ermächtigt, alle hierfür nötigen formalen Erklärungen im Namen der Verbundunternehmen abzugeben. Die Verbundunternehmen sind verpflichtet, der Verbundgesellschaft alle zur Abwicklung des Deutschlandtickets notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft bei Verbundunternehmen, die auch im Bereich weiterer das Deutschlandticket vertreibenden Tarifgebern tätig sind, nur diejenigen Deutschlandtickets, die diese Verbundunternehmen dem Tarifgeber VRN zuordnen und als VRN-Umsätze in den*

Verbundpool einbringen. Dem VRN sind mindestens diejenigen Deutschlandtickets zuzuordnen, deren Inhaber bereits zum 30.4.23 VRN-Abokunden waren.

- (6) *Das Deutschlandticket gilt auch im Übergangstarif Westpfalz/östliches Saarland. Die im Bereich des Übergangstarifes Westpfalz/östliches Saarland entstehenden Mindereinnahmen durch die Einführung des Deutschlandtickets werden von der Verbundgesellschaft insgesamt ermittelt und auf die beiden Bundesländer aufgeschlüsselt. Es werden vertrieblich keine Deutschlandtickets dem ÜT zugeordnet, sondern vollständig nach den Regelungen des Deutschlandtickets den jeweils vertreibenden Verbundsystemen VRN und saarVV. Die auf diese Weise nachgewiesenen Mindereinnahmen werden für das Teilgebiet Rheinland-Pfalz vom ZRN nach den Regelungen dieser Satzung beantragt und gegenüber den in Rheinland-Pfalz im Gebiet des ÜT tätigen Unternehmen zugeschieden.*
- (7) *Alle VRN-Abonnements, deren Preis über dem Preis des Deutschlandtickets liegt, werden zum 1.5. automatisch auf das Deutschlandticket umgestellt, sofern die Abonnenten der Umstellung nicht widersprechen. Sie sind vom vertreibenden Verbundunternehmen über die Umstellung und die Möglichkeit des Widerspruchs zu informieren. Sofern ein Verbundunternehmen nicht über die digitale Vertriebstechnik für das Deutschlandticket verfügt und diese auch nicht bis zum 31.12.2023 aufbauen wird, hat es die umzustellenden Abonnements in entsprechender Anwendung des § 4 Abs. 2 auf ein anderes Verbundunternehmen zu übertragen.*
- (8) *Im grenzüberschreitenden Verkehr zu den Nachbarverbänden in Rheinland-Pfalz ist das Deutschlandticket unabhängig von bestehenden Übergangstarifregelungen ebenfalls anzuerkennen. Der Ausgleich für die im PBefG-Verkehr entstehenden Mindereinnahmen wird gem. Abs. 3 mit beantragt und im Rahmen dieser Satzung ausgeglichen. Der Ausgleich der Mindereinnahmen aus dem Deutschlandtarif im SPNV wird vom ZÖPNV Süd getrennt beantragt und im Rahmen der öffentlichen Dienstleistungsaufträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen separat abgerechnet.*

3.

Die Überschrift von § 14 wird wie folgt neugefasst: „Ausgleichsregelung der Höchsttarifvorgaben aus §§ 12 und 12a“

In § 14 Abs. 1 wird nach „§ 12“ „und § 12a“ eingefügt.

Nach § 14 Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:

- (6) *Den Verbundunternehmen steht ein Ausgleich der mit der Einführung des Deutschlandtickets gem. § 12a verbundenen wirtschaftlichen Schäden zu. Die Ausgleichshöhe errechnet sich nach den Vorgaben der jeweiligen Richtlinien zur Finanzierung des Deutschlandtickets der drei Bundesländer.*

4.

In § 5 Abs. 2 Satz 1 der Anlage 6 werden die Worte „des Vorjahres“ gestrichen.

5.

In Anlage 3 Anhang 1 Ziffer 6 wird in Satz 3 „87“ durch „95“ ersetzt.

6.

§ 18 der Anlage 6 wird um folgenden Absatz 8 ergänzt:

- (8) Soweit sich aus den Regelungen zum Deutschlandticket strengere Fristen oder weitergehende Meldeanforderungen ergeben, gehen diese den hier geregelten Fristen und Anforderungen vor. Grundsätzlich gilt, dass die Verbundunternehmen der Verbundgesellschaft alle Daten 10 Tage vor Ablauf der entsprechend von der Verbundgesellschaft einzuhaltenden Meldefristen zuliefern müssen.

7.

§ 29 der Anlage 6 wird um folgenden Absatz 4 ergänzt:

- (4) ¹Für den Zeitraum des Schadensausgleichs aufgrund der Musterrichtlinie zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen des Deutschlandtickets gem. der Rettungsschirmlogik erfolgt die Spitzabrechnung von angebotsverbessernden Maßnahmen gem. § 7 ergänzend zu den Regelungen der Absätze 1 bis 3 auf der Grundlage dieses Absatzes. ²Basis der Spitzabrechnung sind die hochgerechneten Fahrgeldeinnahmen des Verbundpools gemäß der Berechnungsvorschrift der Musterrichtlinie. ³Es steht für die Abgeltung der Erlösansprüche aus Angebotsverbesserungen maximal der Betrag zur Verfügung, der sich aus der Differenz zwischen den rein nach Tarif hochgerechneten Fahrgeldeinnahmen und den nach tatsächlich erbrachten Betriebsleistung fortgeschriebenen Fahrgeldeinnahmen für den Verbundpool ergibt. ⁴Sofern der so ermittelte Betrag für die Abgeltung der Erlösansprüche aus Angebotsverbesserungen nicht ausreicht, werden alle spitz abgerechneten Vorwegentnahmen gleichmäßig im Vergleich zum verfügbaren Gesamtbetrag reduziert. ⁵Liegt der gem. Satz 3 für den Verbundpool errechnete Ausgleichsbetrag über der Summe der nach den Abs. 1 bis 3 nachgewiesenen Mehreinnahmen, steht der nach der Spitzabrechnung der Vorwegentnahmen verbleibende Betrag nach den allgemeinen Einnahmeschlüsseln dem Verbundpool insgesamt zu.

8.

§ 13 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

Das vom VRN ausgegebene LWJT gilt über Baden-Württemberg hinaus uneingeschränkt innerhalb des Verbundgebietes sowie im Geltungsbereich der von Regelungen mit Nachbarverbänden erfassten Übergangsbereiche und -korridore in demselben räumlichen und zeitlichen Umfang wie das MAXX-Ticket.

Diese Änderungssatzung tritt mit Wirkung zum 01.05.2023 in Kraft.

Es wird bestätigt, dass der Wortlaut der vorstehenden Satzung in der Verbandsversammlung am 27.04.2023 beschlossen wurde und dabei die gesetzlichen Verfahrensbestimmungen eingehalten worden sind.

Mannheim, den 27.04.2023

Gezeichnet Christian Specht

*Christian Specht
Verbandsvorsitzender*

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 GemO:

Die Verletzung von Verfahrens- und Formfehlern beim Zustandekommen dieser Satzung kann von jedermann schriftlich oder elektronisch gegenüber dem Zweckverband Rhein-Neckar unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, geltend gemacht werden. Erfolgt die Geltendmachung nicht binnen eines Jahres nach der Bekanntmachung dieser Satzung, so gilt die Satzung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen, wenn nicht die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch durch einen anderen geltend gemacht worden ist.